

stehen bleibt? Ich finde, es ist doch für die Unternehmen wichtig, dass sie wissen, wohin der Zug fährt, was künftig gilt, welche Rahmenbedingungen gelten. Es ist wichtig, dass sie wissen, unter welchen Voraussetzungen wir bereit sind, Systemrisiken zu tragen.

Ich bitte Sie darum ganz dringend, hier und heute zu handeln und die Zeichen zu setzen.

Le président (Berset Alain, président): Monsieur Marty me communique qu'il souhaite déposer une motion d'ordre qui a trait à la procédure et à la marche des débats. Je vous propose donc de lui passer la parole immédiatement, comme le prévoit notre règlement. Ensuite, nous voterons immédiatement et sans débat sur cette motion d'ordre.

Marty Dick (RL, TI): Je m'excuse de troubler la sérénité de ce débat, mais j'aimerais vous proposer que l'on décide tout de suite quant à la proposition de renvoi Brändli. En effet, si par hasard on décidait le renvoi de la motion à la commission, on économiserait probablement plus d'une heure de discussion aujourd'hui. Alors je me permets très humblement de suggérer qu'on limite maintenant le débat strictement à la proposition de renvoi et qu'on vote le plus rapidement possible là-dessus. C'est ma proposition.

Le président (Berset Alain, président): Par sa motion d'ordre, Monsieur Marty propose que le conseil vote immédiatement sur la proposition de renvoi Brändli. Après clarification avec Monsieur Brändli, je peux vous informer que sa proposition de renvoi concerne la totalité de la motion.

Nous allons voter maintenant sur la motion d'ordre Marty Dick, c'est-à-dire sur le fait de savoir si nous voulons voter immédiatement sur le renvoi de la motion.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Marty Dick ... 25 Stimmen
Dagegen ... 8 Stimmen

Le président (Berset Alain, président): Monsieur Leuenberger demande la parole pour une brève déclaration personnelle.

Leuenberger Ernst (S, SO): Ich protestiere feierlich dagegen, dass der Rat soeben das Diskussionsrecht jener beschnitten hat, die sich auch noch in die Rednerliste eingetragen haben. Ich halte das für einen sehr problematischen Vorgang, und ich bedaure ihn. Als Demokrat habe ich ihn selbstverständlich zu akzeptieren.

Le président (Berset Alain, président): Nous votons sur la proposition de renvoi Brändli.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Brändli ... 21 Stimmen
Dagegen ... 17 Stimmen

Le président (Berset Alain, président): Cet objet retourne ainsi à la commission.

09.3020

Motion FK-NR.

Finanzplatz.

Gerechtes Vergütungssystem

mit umsichtigem

Risikomanagement

Motion CdF-CN.

Place financière.

Pour un système de rémunération

conforme à l'équité

et à une gestion prudente des risques

Einreichungsdatum 27.02.09

Date de dépôt 27.02.09

Nationalrat/Conseil national 09.03.09

Bericht FK-SR 06.05.09

Rapport CdF-CE 06.05.09

Ständerat/Conseil des Etats 27.05.09

Le président (Berset Alain, président): Un rapport écrit vous a été remis. La commission propose, sans opposition, d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose également d'adopter la motion.

Stähelin Philipp (CEg, TG), für die Kommission: Wir haben eigentlich in der letzten Debatte bereits teilweise auf diese Motion vorgegriffen. Ich hatte mich auch in die Rednerliste eingetragen und hätte beim letzten Traktandum auch, wie es Frau Sommaruga getan hat, zu dieser Motion gesprochen.

Ich halte mich hier kurz. Worum geht es bei dieser Motion des Nationalrates? Es geht im Kern darum, dass der Bundesrat von der Finma verlangen soll, dass sie die Weisungen, sprich das Rundschreiben zur Vergütungspolitik der Schweizer Banken, bis Ende Mai 2009 veröffentliche. In einem zweiten Hauptpunkt geht es darum, dass er von der UBS verlangen soll, dass die Finma-Weisungen von ihr ab 2009 einzuhalten seien, dies auch bei den ausstehenden Vergütungen des vergangenen Jahres. Das ist der Kern der ganzen Geschichte.

Wenn ich etwas zurückblicke, stelle ich fest, dass der Text der nationalrätlichen Motion fast wörtlich dem entspricht, was unsere Finanzkommission am 16./17. Februar 2009 als Erklärung beschlossen und dem Bundesrat in einem Brief mitgeteilt hat: Er solle exakt in dieser Richtung auf die Finma einwirken. Wir haben damals nicht die Form der Motion gewählt, um die Sache zu beschleunigen, damit die Finma tatsächlich bis im Mai tätig werden könne. Diese Motion entspricht also einem Antrag der Finanzkommission dieses Rates an den Bundesrat, den wir ihm bereits im Februar schriftlich mitgeteilt haben.

Wir haben vom Vertreter der Finma, von Herrn Direktor Raaflaub, in der Folge an der Sitzung der Finanzkommission vom 4./5. Mai zum Zeitplan mitgeteilt bekommen, der Finma-Verwaltungsrat werde das Rundschreiben voraussichtlich im Mai verabschieden; anschliessend werde es in eine Anhörung gehen. Geplant sei zurzeit eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2010. Beim Lohnsystem UBS 2009 gehe man davon aus, dass die zentralen Regeln schon für 2009 auf die UBS angewendet würden. Das war eigentlich exakt unsere Forderung.

Ich muss Ihnen gestehen: Ich ärgere mich, dass heute das Rundschreiben der Finma nicht vorliegt. Es ist mir gesagt worden, es werde nächste Woche publiziert werden. Das freut mich. Ich hoffe, es ist auch so. Aber es wäre unverzichtbar gewesen, dass die Sache heute für diese Diskussion auf dem Tisch des Hauses gelegen hätte! Und ich ärgere mich! Ich sage das noch einmal, Sie sehen mir das vielleicht auch an. Trotzdem ist die Motion natürlich nach wie vor richtig. Wir haben hierüber ohne Gegenstimme entschieden. Wir bitten Sie, diesen Entscheid, der im Übrigen auch dem Antrag des

Bundesrates entspricht, zu unterstützen und in diese Richtung zu wirken. Ich sage noch einmal: Ich hoffe, dass das Rundschreiben kommt und dass auch das zweite Anliegen der Motion Beachtung findet, wonach die zentralen Weisungen des Rundschreibens schon dieses Jahr auf das Lohnsystem der UBS angewendet werden sollen!
Ich bitte Sie um Annahme der Motion.

Leuenberger Ernst (S, SO): Ich nehme an, dass nach wie vor das Vergütungssystem UBS zur Diskussion steht; das ist traktandiert. Also kann man sich zu diesem Gegenstand äussern, auch wenn vor wenigen Minuten mit einem Kraftakt versucht worden ist, diese Diskussion abzuwürgen.

Ich habe eigentlich Folgendes sagen wollen, und ich sage es jetzt: Mir geht es in dieser Debatte nur um eines, nämlich darum, dass möglichst alle Finanzinstitute, die Sorgen und Probleme haben – und insbesondere unser Sorgenkind –, innert nützlicher Frist gesunden, dass unsere staatliche Hilfe Früchte trägt, dass wir vor das Volk treten und sagen können: «Es war zwar ein schwieriger Entscheid, aber er hat sich gelohnt – es ist gut gekommen!» Das hoffe ich meinerseits, und das soll ganz klar unser aller Bestreben sein.

Nun, was ich vorhin hätte sagen wollen – und ich mache halt jetzt auf «tricky» –, sage ich jetzt: Ich bin heute Morgen arg erschrocken, als plötzlich ein Artikel aus der Zeitschrift «L'Hebdo» vom 20. Mai mit dem Titel «L'UBS continue d'arroser les partis» – «Die UBS fährt fort, die Parteien zu finanzieren» – zirkulierte. Darin wird der Präsident einer grossen Partei zitiert, der sagt, dass er für 2009 noch einen Betrag empfangen habe, aber mehr sage er nicht. Wenn wir hier miteinander über diese Bankenfrage diskutieren, dann wäre es nützlich, hilfreich und redlich, wenn wir eine Geschäftsgrundlage für diese Finanzierungsfrage schaffen würden, dann können wir uns wieder in die Augen schauen. Wenn es wahr ist, dass für das Jahr 2009 genau diese vom Staat gestützte Grossbank einzelnen Parteien – eine Partei hat das laut Zeitungsbericht zugegeben – eine finanzielle Unterstützung gegeben hat, dann ist das nicht in Ordnung, und ich würde die entsprechenden Parteien freundlich einladen, diese Beträge einem Hilfswerk zu überweisen oder zurückzuschicken.

Warum tue ich das? Wir müssen mit Massnahmen, wie wir sie damals bei der UBS getroffen haben, vor der breiten Bevölkerung bestehen können. Ich muss Ihnen gestehen: Ich war in diesen kritischen Oktobertagen des Jahres 2008 Präsident der Finanzdelegation und in dieses Dringlichkeitsverfahren einbezogen. Die übrigen fünf Delegationsmitglieder, die mit mir in dieser schwierigen Situation waren, nachdem wir 24 Stunden vorher über unsere schwierige Aufgabe informiert worden waren, und ich haben seither massivste Kritik aus breitesten Kreisen der Bevölkerung erfahren, auch von den Medien, wo man uns immer und immer wieder vorgehalten hat, wir hätten willfährig und zu schnell zu dieser staatlichen Hilfe Hand geboten. Ich erkläre: Ich stehe nach wie vor zu dieser staatlichen Hilfe, aber ich bin auch der Meinung, dass wir gehalten sind und insbesondere der Bundesrat gehalten ist, alles zu wirken, um diesem Unternehmen auch zu zeigen, dass es sich eben an die mit Kreide beschriebene Wandtafel angelehnt hat und darum jetzt etwas Kreidestaub am Kleid hat. Da hat es sich so zu verhalten, dass das die Bevölkerung auch merkt. Ich verlange keine Kniefälle, wie das ein Vorredner beschrieben hat, sondern ich würde verlangen, dass Fairness und Korrektheit im Umgang zwischen der betroffenen Bank, den betroffenen Finanzinstituten und dem Bund vorherrschen.

Ich sage es noch einmal, ich habe es heute früh schon einmal gesagt: Es ist in diesem Zusammenhang inakzeptabel – ich lade den Herrn Bundespräsidenten ein, das auch dem Verwaltungsratspräsidenten der UBS zu sagen –, es geht nicht an, dass man die eidgenössische Politik, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, der Miliz- und Laienhaftigkeit zeiht und die Professionalität allein für die Bankenseite reklamiert. Wenn das, was da weltweit angestellt worden ist – mit den Auswirkungen, die uns inzwischen bekannt sind, und auch mit jenen, die wir noch nicht kennen –, professio-

nell gewesen sein soll, dann, muss ich Ihnen gestehen, ist diese Äusserung des Verwaltungsratspräsidenten, wie sie zitiert worden ist, eine Ungehörigkeit. Wir als Geldgeber müssen dieser Grossbank zeigen, dass wir zwar bereit sind zu stützen, wo wir können, weil das unsere erste Absicht ist, aber dass wir nicht bereit sind, im Nachhinein den Kakao, durch den man uns zuerst gezogen hat, noch zu trinken. So kann das nicht angehen.

Das habe ich eigentlich vorhin sagen wollen; man hat mich daran gehindert. Ich habe es etwas schlaumeierisch jetzt gesagt, aber ich nehme an, dass Sie mir die Prozedurfrage verzeihen.

David Eugen (CEg, SG): Es ist, wie Kollege Leuenberger gesagt hat: Diese Motion beschäftigt sich ebenso mit dem Vergütungssystem der Banken. Ich finde, dass die Finanzkommission des Nationalrates hier genau den richtigen Weg gefunden hat, um das Problem anzugehen. Ich teile die Meinung all jener, die sagen, der Staat könne in dieser Sache nicht untätig sein, er müsse handeln. Aber er muss auch richtig handeln, denn wir wollen in der Schweiz auch in Zukunft einen Finanzplatz haben. Der Finanzplatz ist für unser Volkseinkommen wichtig. Von ihm leben sehr viele Leute, auch die Volkswirtschaft lebt davon. Wir wollen einen Finanzplatz, der in der Schweiz gedeihen kann. Aber die Rahmenbedingungen müssen – teilweise jedenfalls – geändert werden.

Wir haben die Institutionen, die das machen können. Wir haben professionelle Institutionen, und das ist nicht das Parlament, das möchte ich hier unterstreichen. Ich wäre wirklich dagegen, dass wir Gesetze über die Löhne von Managern machen; das ist nicht Sache der Gesetzgebung. Wir haben aber eine Aufsichtsbehörde: die Finma. Das sind die professionell zuständigen Leute; sie wurden vom Staat eingesetzt, sie sind per Gesetz eingesetzt. Wir haben ein klares Gesetz gemacht: Diese Leute haben nach dem Bankengesetz das Recht, aufgrund der durch die Geschäftsleitungen einzuhaltenen Sorgfaltsregeln die Vergütungssysteme zu kontrollieren, sie zu überwachen, mit Weisungen einzugreifen, diese Systeme so zu machen, dass sie weder für das Bankensystem noch für die Volkswirtschaft als Ganzes eine Gefahr sind. Das ist der richtige Weg. Darum unterstütze ich diese Motion vollständig. Sie muss angenommen werden.

Was ich ebenso wenig wie der Präsident der Finanzkommission verstehe, ist, dass uns die Finma so lange warten lässt. Das verstehe ich überhaupt nicht. Sie sieht ja die Dringlichkeit des Handelns auch, und zwar meine ich nicht nur die Dringlichkeit bezüglich unserer politischen Auseinandersetzung. Die Dringlichkeit des Handelns ist vielmehr für den Finanzplatz gegeben, damit wir wieder sichere und stabile Verhältnisse haben, damit wir wieder eine klare Grundordnung haben. Da ist die Finma gefordert.

Ich bin schon sehr ungeduldig, und ich bitte den Bundespräsidenten, das auch zum Ausdruck zu bringen – er ist dafür verantwortlich, dass gearbeitet wird, er muss die entsprechenden Forderungen an die Finma stellen. Ich bitte ihn, wie es der Präsident und Sprecher der Finanzkommission getan hat, ganz klar zu machen, dass wir von der Finma erwarten, dass sie diesbezüglich ihre Verantwortung wahrnimmt, dass sie im Bereich von Vergütungen und Boni für die Banken klare Rahmenbedingungen setzt, damit wir für die Sicherheit unseres Finanzplatzes in Zukunft wieder eine klare Ordnung haben.

Recordon Luc (G, VD): La motion qui nous est soumise me paraît sensée. Je m'y rallie aussi, mais je voudrais tout de même souligner, puisque le débat a été très légèrement écourté sur le point précédent, que ce qui nous est proposé n'est probablement pas l'alpha et l'oméga. En particulier, je pense que nous n'échapperons pas, à un moment ou à un autre, à la nécessité de prendre nos responsabilités par rapport aux questions salariales, et d'ailleurs pas seulement en ce qui concerne l'UBS, mais probablement aussi de façon plus générale.

J'attire votre attention sur le fait qu'une occasion nous est offerte pour ceci au cours même de cette session, lorsque nous déciderons de la révision du Code des obligations. Je me demande, par rapport aux travaux qui ont été menés dans la Commission des affaires juridiques – et j'en fais partie – de façon très juridique, si l'on veut, très technique et pas forcément dans l'optique de la crise financière, s'il ne faudrait pas que les membres de ce conseil réfléchissent à ce que le document sur la révision du Code des obligations vienne en discussion et se demandent s'il ne faudrait pas en profiter pour avoir au moins une norme-cadre. Ne semble-t-il pas en particulier qu'une norme-cadre qui porterait sur cette fameuse fourchette, évoquée par exemple tout à l'heure par Monsieur Graber, entre le salaire le plus haut et celui le plus bas, étant entendu par salaire à prendre en considération et la partie fixe et la partie variable, ne semble-t-il pas que le principe même de la fixation d'une fourchette, voire la fixation de la fourchette elle-même par les autorités dans certaines situations particulières, serait finalement une des rares mesures qui puisse avoir du sens? Cela permettrait d'empêcher que le débat ne prenne une ampleur dans laquelle, franchement, on a l'impression que tout le monde sait qu'il faut faire quelque chose, mais que personne ne sait quelle est la vraie bonne solution.

Je vous invite à poursuivre cette réflexion, comme je la poursuivrai moi-même, et dans l'immédiat bien sûr à adopter la motion.

Lombardi Filippo (CEg, TI): Wie Kollege Leuenberger war ich ein bisschen enttäuscht, dass wir die Diskussion über die Motion 09.3019 nicht weiterführen konnten. Ich weiss nicht, ob ich allen Punkten dieser Motion zugestimmt hätte, aber die Diskussion war würdig und wichtig. Wir müssen uns mit dieser Frage auseinandersetzen.

Jetzt bin ich natürlich bereit, die Motion 09.3020 anzunehmen. Sie tendiert im Wesentlichen in die gleiche Richtung. Der Zufall führt zum Schluss, dass wir diese Motion annehmen und damit ein weiteres Signal geben, was wir im Parlament vom Bundesrat wie von der Finma erwarten. Die Motion 09.3019 bleibt quasi als Reservewaffe, weil wir die Lage werden eskalieren lassen müssen, falls wir mit den Ergebnissen, die mit der Motion 09.3020 erzielt worden sein werden, unzufrieden sein sollten.

Ich bin also mit der Annahme der Motion einverstanden, glaube aber, dass damit nur ein Schritt getan ist. Es ist dann insbesondere Sache der Finma, uns davon zu überzeugen, dass es nicht nötig ist, die Lage mit weiteren Massnahmen, wie sie in der Motion 09.3019 vorgesehen waren, eskalieren zu lassen.

Merz Hans-Rudolf, Bundespräsident: Der Bundesrat ist bereit, diese Motion anzunehmen. Sie führt in eine Richtung, in der wir gemeinsam Probleme erkennen und auch gemeinsam Probleme lösen wollen und müssen.

Herr Ständerat David hat – und damit möchte ich in einem ersten Punkt beginnen – in seinem Votum mit Recht darauf hingewiesen, dass die UBS in ein Geflecht eingebettet ist. Einen Teil hat er aufgezählt. Ich glaube, wenn man die Vergütungspolitik dieser Bank anschaut, muss man die anderen Elemente dieses Geflechtes auch anschauen. Zunächst einmal – er hat es gesagt –: Diese Bank gehört in den schweizerischen Finanzplatz. Und der schweizerische Finanzplatz ist in der Tat für unsere Volkswirtschaft von grosser Bedeutung. Insofern ist das, was in der UBS geschieht, teilweise eben auch wegleitend für das, was bei anderen Banken geschieht. Ich habe in den letzten Tagen im Ausland wieder gesehen, wie sehr der Finanzplatz auch unter dem Aspekt der UBS wahrgenommen wird. Es ist wahr, was Herr David sagt. Es gibt in dieser Bank Zehntausende von Mitarbeitern. Sie möchten fair entschädigt werden. Sie möchten ihren Lohn bekommen, und sie wollen das Gefühl haben, dass sie in einem Wettbewerb in ihrer Branche stehen. Sie wollen soziale Bedingungen haben. Sie wollen ein Arbeitsumfeld vorfinden, das ihnen ermöglicht, gute Leistungen zu erbringen; das ist besonders wichtig, wenn die Bank, wie jetzt, unter Druck ist.

Wir haben weiter die Aktionäre. Die Aktionäre wollen gelegentlich wieder Dividenden sehen. Die Aktionäre sind daran interessiert, dass es dieser Bank möglichst schnell wieder gutgeht, damit man sie an der Börse wieder ansehen kann. Dann haben wir die Kunden. Und bei den Kunden gibt es solche, die aus der Wirtschaft kommen: Unternehmen, die Finanzierungen wollen, die Exporte finanzieren müssen; Unternehmen, die Kredite brauchen, auch für Investitionen.

Dann haben wir die Sparer, die der Bank ihr Geld anvertrauen und hoffen, dass es sich mehr und dass sie einen Zins bekommen.

Dann haben Sie in diesem Netz die Partnerbanken. Die UBS arbeitet mit sehr vielen Banken zusammen, weltweit, nicht nur in der Schweiz. Es gibt da ganz bedeutende Zusammenarbeitsbedürfnisse.

Dann hat man die Öffentlichkeit, repräsentiert unter anderem durch die Medien, die Meinungen, die über die UBS verbreitet werden – die trägt jetzt einen Stempel. Das gehört auch zu diesem Netzwerk, ob man es liebt oder nicht. Die UBS leidet jetzt unter diesem – so würde ich sagen – Stigma der Öffentlichkeit.

Dann haben wir als weiteres Element seit Neuestem die Steuerzahler. Da muss ich Herrn Ständerat Germann etwas korrigieren. Er hat vorhin gesagt, dass jemand, der einen Aktienanteil von 10 Prozent habe und keinen Einfluss nehmen wolle, unterbelichtet sei. Hierauf muss ich erwidern, dass wir gar keinen Aktienanteil von 10 Prozent haben, sondern eine Pflichtwandelanleihe; diese werden wir vielleicht einmal wandeln und die Aktien wieder verkaufen. Es sind aber Steuergelder zur Verfügung gestellt und ins Risiko genommen worden, was dazu geführt hat, dass seit Neuestem eben auch die Politik zu diesem Beziehungsnetz gehört.

Zu diesem Beziehungsnetz gehört nicht zuletzt der Bund. Die Aufgabe des Bundes ist es, die Aufsicht über diese Bank wahrzunehmen und Regulierungen für das Bankgewerbe zu beschliessen. Das ist unsere Aufgabe. Auch das hat Herr Ständerat David mit Recht so dargestellt.

In diesem ganzen Netz drin arbeitet die UBS. Ich möchte Sie einfach bitten, das auch bei Ihren Überlegungen immer wieder mitzunehmen und zu sehen, dass hier ganz verschiedene Kräfte am Werk sind, dass wir diesen Kräften Rechnung tragen und in der Beurteilung dieser Bank in ihrem Umfeld fair bleiben müssen.

Ich komme zum zweiten Punkt, zum Bund: In der Tat sind wir nicht Aktionär. Wir haben aber Steuergelder als Risikogelder in diese Bank investiert. Das verpflichtet uns dazu, die Aufsicht wahrzunehmen; das verpflichtet uns auch dazu, Regulierungen vorzunehmen. Das haben wir auch getan. Herr Ständerat Leuenberger hat darauf hingewiesen, dass im letzten Oktober im Zusammenhang mit den dringlichen Massnahmen zur Stützung des Finanzplatzes und zur Stabilisierung der Bank vereinbart worden ist, dass sich die Finanzmarktaufsicht in den Bereich der variablen Vergütungen und der Salärssysteme der Bank einschalten müsse. Diese Abmachung bestand und besteht zwischen dem Bundesrat und der Finanzmarktaufsicht, die dieses Mandat im letzten Oktober übernommen hat. Die Finanzmarktaufsicht hat sich dann in der Tat mit der Bank in Verbindung gesetzt und sie angehört, um für das Jahr 2008 eine solche Lösung zu finden. Diese Lösung basierte, das kann man heute zweifellos feststellen, auf einer massiven Reduktion der Gesamthöhe der variablen Vergütungen und auf einer neuen Zuteilungspolitik. Mittels einer Verfügung – das ist ein Rechtsakt – hat die Finma im Februar dieses Jahres die Lohnpolitik der UBS für 2008 festgelegt. Diese Verfügung ist auch publiziert worden. Die Lohnpolitik der Bank für das Jahr 2008 ist auch in ihrer Ganzheit publiziert worden und steht allen, die sich dafür interessieren, im Internet zur Verfügung.

Als dann jedoch zu Beginn dieses Jahres neue Diskussionen aufkamen und insbesondere die Frage gestellt wurde, ob man weiterhin zu grosszügige, falsche Anreize setzende Boni auszahle, habe ich mich dieser Angelegenheit angenommen. Ich habe der Finma den Auftrag erteilt, nicht nur das damals in der Botschaft fixierte Mandat für das Jahr 2008 auszuüben, sondern sich ebenfalls mit der Vergü-

tungspolitik des Jahres 2009 zu befassen. Diesen Auftrag hat die Finma übernommen, und an dem arbeitet sie jetzt.

Jetzt ist die Frage, wie lange sie dafür brauche. Ich gebe zu, dass die Erledigung dieses Auftrages, der im Februar ergangen ist, jetzt noch nicht ganz abgeschlossen ist. Aber das hängt zum Teil auch mit internationalen Entwicklungen zusammen, weil sich die Frage nicht nur für die UBS stellt. Alle die Grossbanken, die diese Probleme hatten, sind mit der Frage konfrontiert, ob unter anderem falsche Anreize zu diesen Debakeln geführt haben.

Diese Fragen sind eben auch international diskutiert worden. Massgebend dafür ist ein Organ, das im weitesten Sinne zum Internationalen Währungsfonds gehört, nämlich das Financial Stability Forum oder neu, seit drei Wochen: Financial Stability Board. Und in diesem Financial Stability Board gibt es eine internationale Arbeitsgruppe, welche von der Schweizerischen Nationalbank präsiert wird. Unter anderem hat auch Herr Direktor Hildebrand wesentliche Inputs für die Arbeiten des Financial Stability Board geleistet. Jetzt sind die Empfehlungen da. Jetzt kann und muss man auch anhand solcher Empfehlungen die Verfügung ausweiten. Die Finma ist dabei, ein Rundschreiben zu verfassen, das generelle Richtlinien für die Entschädigungssysteme der Finanzbranche erlässt. Dazu gehören dann eben vor allem die Banken, und da nicht nur die UBS. Ich glaube, dass man hier jetzt die Lehren gezogen hat, nicht nur bezogen auf die UBS, sondern etwas weiter gefasst auf die ganze Branche. Dieses Rundschreiben soll eben auch mit einer öffentlichen Anhörung verbunden sein. Die Anhörung ist jetzt in Vorbereitung, sie wird in den nächsten Tagen stattfinden. Man wird das Rundschreiben publizieren, man wird sich mit der Branche in Verbindung setzen, aber – und jetzt komme ich wieder auf das Netzwerk zu sprechen – man will die verschiedenen Elemente des Netzwerkes auch in das Rundschreiben einbinden können. Man will das möglichst breit aufgleisen. Das ist der Grund, weshalb es vielleicht etwas länger als angenommen gedauert hat.

Ich möchte Ihnen vonseiten des Bundesrates sagen: Es ist unser Anliegen, hier für Klarheit zu sorgen. Wir wissen, dass wir solche Investitionen in der Regel begleiten müssen, dies gerade in diesem Fall. Es wäre ein fatales Missverständnis, wenn Sie glaubten, dass wir die Regulierung aus irgendwelchen Gründen hinauszögern oder gar vernachlässigen wollten. Aber wir wollen es richtig tun, auch unter Berücksichtigung der verschiedenen Netzwerke, um die Bank richtig und fair zu positionieren. In diesem Sinne ist die Motion hier richtig, sie kommt uns entgegen, weil sie die Elemente enthält, die der Bundesrat via Finma effektiv untersuchen lassen will. Ganz zum Schluss: Die Verantwortung der Finanzmarktaufsicht ist hier im Sinne einer Regulierung ausgeweitet worden. Sie hat ihre Aufgabe in Bezug auf das Jahr 2008 nach unserer Einschätzung gut gemacht, sie hat sich in die richtige Richtung bewegt. Nach unserer Auffassung ist die Finma jetzt auf dem richtigen Weg, indem sie das Rundschreiben erlässt, das die Richtlinien für die Entschädigungssysteme der ganzen Finanzbranche enthält. Darauf warten wir gemeinsam. Wenn Sie vorhin ein Traktandum verschoben haben, so kann ich Ihnen sagen und zusichern, dass wir, bis dieses Traktandum in der Kommission behandelt wird, die Ergebnisse dieses Rundschreibens eben auch haben werden. Dann können Sie das in Ihre Betrachtungen mit einbeziehen und eine Gesamtdebatte führen. Ich bin der Meinung, dass Sie dann zu besseren Entscheidungen kommen können.

Die anderen Punkte, die in der vorherigen Motion zur Debatte standen, möchte ich fairerweise nicht anschnitten, obschon ich Ihnen sagen muss: Die Zunge juckt mich beim einen oder anderen Punkt schon ein bisschen; aber ich denke, wir werden bei einer späteren Gelegenheit wieder darauf zurückkommen.

Angenommen – Adopté

09.3030

Motion Luginbühl Werner. Das Vertrauen in den Finanzplatz Schweiz wiederherstellen

Motion Luginbühl Werner. Restaurer la confiance dans la place financière suisse

Einreichungsdatum 03.03.09

Date de dépôt 03.03.09

Ständerat/Conseil des Etats 27.05.09

Le président (Berset Alain, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Luginbühl Werner (BD, BE): Auch mich juckt es, noch etwas zu sagen, aber ich probiere jetzt, mich auf dieses Thema hier zu konzentrieren. Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen:

1. Der Vorstoss wurde nicht eingereicht, weil ich das unbändige Verlangen verspürte, unbedingt einen weiteren Aktivbeitrag zur gegenwärtigen Vorstossflut beizusteuern. Der Vorstoss wurde eingereicht, weil ich – und möglicherweise auch andere Kolleginnen und Kollegen – von Vertretern wichtiger börsenkotierter Unternehmungen in dieser Sache angegangen wurde. Die Forderung steht tatsächlich, wie es der Bundesrat in seiner Antwort schreibt, nur indirekt mit der aktuellen Finanzkrise im Zusammenhang. Schon früher wurde von diesen genannten Kreisen auf potenzielle Schwachstellen bei der Börse hingewiesen. Es sind dies Vorgänge, die eventuell bei einem Einbezug der Realwirtschaft hätten verhindert werden können.

Ich erwähne zwei, drei Beispiele: als Erstes die Verschiebung der Handelsplattform von Zürich nach London – diese wurde ja zwischenzeitlich wieder rückgängig gemacht –; zweitens die Möglichkeit, mit Optionsgeschäften die Kontrolle über Industrieunternehmungen zu erlangen, teilweise mithilfe der Banken; Sulzer und Oerlikon seien hier genannt. Das dritte Beispiel ist die Zulassung zum Handel mit komplizierten, nichttransparenten Finanzprodukten mit Negativpotenzial, welche zu Manipulationsrisiken bezüglich Kursbildung führen können.

2. Es handelt sich bei diesem Vorstoss zwar um eine Motion, sie ist aber bewusst offen formuliert. Ich spreche von einer Stossrichtung, sodass der Bundesrat bei der Umsetzung einen beträchtlichen Spielraum hätte.

Nun zum Vorstoss selber: Der Bundesrat hält in seiner Antwort fest, dass die Motion eine Verschärfung der Mindestvorschrift für die Selbstregulierung der Börse verlange, welche unverhältnismässig sei. Von einer Verschärfung kann hier aber nicht die Rede sein. Es ist doch offensichtlich, dass heute aufgrund der jüngsten Erfahrungen die Corporate-Governance-Richtlinien überall überprüft und angepasst werden. Es wird von allen Seiten Langfristigkeit und Nachhaltigkeit gefordert. Wieso sollte dies nicht auch für die Schweizer Börse gelten? Nebenbei erwähnt: Die NYSE Euronext, die weltweit grösste Aktienbörse, hat soeben eine Zusammenarbeit mit Asset4 angekündigt, um die Bestrebungen Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken.

Ich sage auch nicht, dass bei der Börse alles falsch laufe, im Gegenteil: Vieles läuft richtig. Mit meinem Vorstoss und den darin enthaltenen Forderungen sollen die Stellung der Börse und das Vertrauen in die Börse gestärkt werden. Dies ist in der aktuellen Situation mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von allergrösster Bedeutung. Insofern besteht zumindest ein indirekter Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise, auch wenn es sich hier nur um einen Baustein handelt. Man könnte auch sagen: Wenn es bei der Börse Änderungen